



## **BESCHLUSS**

### **DES ORDENTLICHEN LANDESPARTEITAGES**

**19. APRIL 2008, SCHLESWIG**

Die Landespartei hat beschlossen:

## **KOMMUNALPOLITISCHE ERKLÄRUNG MAI 2008**

### **Unsere Verantwortung für mehr Demokratie und Bürgernähe**

Demokratie wächst von unten. Kommunale Selbstverwaltung ist grundlegend für den demokratischen Aufbau unseres Staates. Dieser Staat ist keine abstrakte Idee. Er ist so gut – oder so schlecht – wie wir ihn machen. Er lebt davon, dass sich möglichst viele BürgerInnen einmischen und Politik gestalten. Dieses Engagement ist die Lebensader der Demokratie, Kommunalpolitik ist das Herz eines lebendigen Staates.

In der Kommune wirken sich politische Entscheidungen unmittelbar und konkret auf die EinwohnerInnen aus. Deshalb wollen wir GRÜNE gerade dort Antworten geben und Verantwortung mit und für die Menschen übernehmen.

Wir wollen die Kommunen stärken, der ehrenamtlichen Politik ein größeres Gewicht verleihen und ihr mehr eigene Entscheidungs- und Gestaltungsspielräume schaffen.

### **Unsere Verantwortung für den Klimaschutz**

Klimaschutz beginnt vor Ort. Wir GRÜNE stehen für eine moderne Energiepolitik ohne Atom- und Kohlekraft. Den geplanten Neubau von Kohlekraftwerken in Brunsbüttel und Kiel lehnen wir entschieden ab. Wir wissen „100 Prozent Strom aus Erneuerbaren“ ist möglich, wenn alle Einsparmöglichkeiten genutzt, effizientere Technologien eingesetzt und erneuerbare Energien weiter ausgebaut werden. So schützen wir nicht nur das Klima, sondern schaffen auch lokale Wertschöpfung und Arbeitsplätze im örtlichen Handwerk.

Wir GRÜNE wollen in den Kommunen Klimaschutz konkret machen. Öffentliche Gebäude sollen energetisch modernisiert werden. Unser Ziel ist es, alle kommunalen Liegenschaften nur noch mit Öko-Strom zu versorgen. Zum Erhalt und zur Sicherstellung der kommunalen Energieversorgung und –erzeugung, unterstützen wir konzernunabhängige Stadtwerke und Konzepte wie das Schönauer Modell. So werden die Kommunen unabhängig von Monopolkonzernen und die Wertschöpfung bleibt am Ort. Wir fordern eine nachhaltige Bauleitplanung, die sich an Energieeinsparung und der Nutzung erneuerbarer Energien wie z. B. Sonne (Solarthermie und Photovoltaik) orientiert. Um Strom und Wärme optimal zu nutzen, setzen wir auf dezentrale Kraftwerke mit Kraft-Wärme-Kopplung.

Bei der Nutzung von Biomasse zur Energieproduktion sollten vorrangig ohnehin anfallende Abfall- und Reststoffe verwertet werden. Monokulturen zum Anbau von Energiepflanzen lehnen wir ab.

Einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leistet die ökologische Landwirtschaft. Sie produziert nicht nur gesunde Nahrung, sondern erzeugt auch bis zu 50 Prozent weniger klimaschädliche Emissionen als konventionell wirtschaftende Betriebe. Wir GRÜNE werden uns deshalb dafür einsetzen, dass in kommunalen Betrieben und öffentlichen Einrichtungen möglichst ökologisch erzeugte Produkte aus der Region verwendet werden.

Wir wollen, dass sich die Kommunen und Kreise in Schleswig-Holstein dem „Bündnis Gentechnikfreier Regionen“ anschließen und sicherstellen, dass auf öffentlichen Flächen keine gentechnisch veränderten Pflanzen angebaut werden.

## **Sozialen Zusammenhalt sichern**

Der soziale Zusammenhalt bröckelt. Wir maßen uns nicht an, die Folgen der Globalisierung und eines weltweiten Kapitalismus allein in unseren Städten und Gemeinden bekämpfen zu können. Doch wollen wir uns nicht mit Parolen und dem Verweis auf andere Ebenen zufriedengeben. Unser Verständnis von Demokratie und gesellschaftlicher Solidarität ermöglicht es durchaus auch unterhalb des Rahmens von Europa-, Bundes-, oder Landesebene zu handeln und zum Wohl und zur Erneuerung eines gedeihlichen Zusammenlebens in unseren Kommunen beizutragen.

Die Zusammenlegung der Sozialleistungen in ARGEN und in den Optionsmodellen muss nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts bis 2010 neu geregelt werden. Wir GRÜNEN sprechen uns für eine Kommunalisierung der Sozialleistungen aus. Auf der kommunalen Ebene werden die Auswirkungen gesellschaftlicher Veränderungen frühzeitig und oft am

deutlichsten spürbar. In den Städten und Gemeinden muss sich erweisen, dass sozialer Zusammenhalt und Solidarität keine Leerformeln sind. Kommunen tragen durch ihre Zuständigkeit für die Sozial- und Jugendhilfe zudem eine besondere Verantwortung bei der Gestaltung der Hilfen für Menschen, die auf die unterschiedlichen Formen von Unterstützungsleistungen angewiesen sind.

Öffentliche Kultureinrichtungen, Schwimmbäder, Sportvereine, Jugendtreffs, Kulturkreise, sie alle haben zu lange als Sanierungsfelder der öffentlichen Haushalte gedient. Wir wollen das umdrehen und setzen uns dafür ein, dass sie erhalten und wieder aufgebaut werden.

Wir wollen, dass die Kommunen auch in Zukunft die Leistungen der kommunalen Daseinsvorsorge als öffentliche Aufgabe in eigener Regie behalten. Wir setzen dabei auf demokratisch kontrollierte und transparente Strukturen. Eine Politik, die Gewinne privatisiert und Zuschussgeschäfte in öffentlicher Hand belässt, lehnen wir ab.

Für uns gehört es zu den öffentlichen Aufgaben, Menschen, vor allen Dingen Jugendlichen mit Problemen und in schwierigen Lebenslagen zu helfen. Jugendaufbauwerke oder Berufsbildungszentren, aber auch die vielen innovativen Kultur-Arbeit-Projekte in kommunaler Trägerschaft dürfen nicht allein unter Wirtschaftlichkeitskriterien betrachtet werden, sondern verdienen politische und ideelle Unterstützung.

Ebenso muss ehrenamtliches Engagement unterstützt werden. Viele Bereiche des öffentlichen und sozialen Lebens würden ohne Ehrenamtliche kaum mehr existieren. Vor allem im sozialen Bereich aber auch in Bereichen wie Kultur, Sport, Natur- und Umweltschutz, Katastrophenschutz oder Feuerwehr sind die Leistungen freiwilliger Helfer unverzichtbar. Auch kommunale Selbstverwaltung funktioniert nur mit ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürgern. Wir setzen uns dafür ein, dass ehrenamtliches Engagement die notwendige Wertschätzung erfährt und nicht durch unnötige Bürokratie erschwert wird.

Wir haben uns bereits 1998 auf Bundesebene für die Einführung eines Mindestlohns eingesetzt, als Gewerkschaften und SPD dies ablehnten. Kommunalpolitisch lässt sich die Mindestlohnforderung als Nachfrage verwirklichen, indem die öffentlichen Aufträge und Beschäftigungen streng nach dem Landestariftreuegesetz vergeben werden.

Für viele Menschen mit knapper Haushaltslage ist bezahlbarer Wohnraum schwer zu finden. Immer mehr öffentlicher Wohnraum wurde in der Vergangenheit verkauft. Die öffentliche Hand aber muss ein Mindestmaß an Sozialwohnungen vorhalten.

Genau so ist die Wohngeld-Gestaltung für Bezieher sozialer Leistungen nach SGB II kommunale Angelegenheit. Die Angemessenheit dieser Leistungen ist oft zu knapp bemessen. Auch der Entscheidungsspielraum bei der Prüfung des Wohnbedarfs wird häufig zu eng ausgelegt.

Die ARGEN und Jobcenter vor allen Dingen im ländlichen Raum zu erreichen, ist für viele Menschen schwierig und mit Kosten verbunden. Die Fahrten zu den ARGEN und ggf. zu Vorstellungsgesprächen müssen deshalb aus dem Sozialbudget erstattet werden.

In den KiTas und Schulen sollte ein gesundes Essen selbstverständlich werden und muss mindestens für die Kinder, deren Eltern es sich nicht leisten können, kostenfrei sein.

Mittelfristig muss erreicht werden, dass für alle Kinder die Mahlzeiten kostenfrei sind, um Stigmatisierung zu vermeiden.

Zur schnelleren Einführung könnte vorläufig ein Minimalbetrag in gleicher Höhe von allen Eltern als Zuschuss erbracht werden.

Die Freistellung von KiTa-Gebühren ist regional sehr unterschiedlich geregelt. Wir setzen uns für ein kostenfreies KiTa-Jahr und langfristig für den generell kostenlosen KiTa-Besuch für alle Kinder ein.

## **Für Bildung begeistern**

Bildung umfasst ein ganzes Leben. Bildung ist die beste Möglichkeit, Menschen auf ein selbst bestimmtes Leben vorzubereiten. Deshalb sollten die KiTas spielerisch Bildung vermitteln, sie sollen zu gesundem Leben anregen, Lust auf Bewegung machen, Kinder mit Kultur, Musik und Malerei vertraut machen.

Mütter und Väter müssen eine kommunale Infrastruktur vorfinden, die die Verbindung des Lebens mit Kindern und Berufstätigkeit erleichtert. Kinderfreundliche Städte und Gemeinden bieten sichere öffentliche Räume und ein vielfältiges Angebot an Spiel- und Sportplätzen. Wir werden Sportvereine in der Kinder- und Jugendarbeit unterstützen und besonderes Gewicht auf eine Erhöhung der Verkehrssicherheit für Kinder legen.

Wir wollen das Betreuungsangebot vor allem für unter Dreijährige ausbauen.

Wir sind überzeugt, dass ein Schulsystem, das auf negativer Motivation durch Strafen, schlechte Noten, Sitzenbleiben und Selektion in Schularten aufbaut, falsch ist. Wo die begonnene Umgestaltung der Schullandschaft Schleswig-Holsteins es möglich macht, setzen wir uns für die Schaffung von Gemeinschaftsschulen ein. Diese sollen in kommunaler

Trägerschaft geführt werden und eigenverantwortlich über ihr Personal, ihre Unterrichtsformen, ihre Schwerpunkte, ihre Didaktik bestimmen. Gleiches gilt für die Gymnasien.

Eigenverantwortung setzt eine hohe Bereitschaft und viel Engagement voraus – aber wie überall glauben wir, dass es besser ist, dass die Dinge von denjenigen entschieden werden, die von den Entscheidungen betroffen sind und dass Schule von denjenigen gemacht wird, die mit und in der Schule leben.

Wir wollen die Gemeinschaftsschule, die alle Kinder individuell fördert und alle Bildungsabschlüsse eröffnet, mindestens bis zur 9. Klasse, damit kein Kind mehr zurückgelassen wird. Die Anmeldezahlen für das kommende Schuljahr beweisen, dass die Regionalschule von den Eltern nicht angenommen wird. Deshalb werden wir jede Möglichkeit nutzen, um die Gemeinschaftsschule auch für die kleineren Haupt- und Realschulen durchzusetzen, die bisher nicht Gemeinschaftsschule werden können. Das Schulgesetz muss umgehend geändert werden, damit Gemeinschaftsschulen auch in Kooperation (z.B. Außenstelle oder zwei Standorte) geführt werden können.

Der nächste Schritt muss sein, dass Gemeinschaftsschulen eine eigene Oberstufe bekommen oder Kooperationen mit gymnasialen Oberstufen oder Beruflichen Gymnasien eingehen. Wir wollen, dass alle Schulen in kommunaler Trägerschaft geführt werden und weitestgehend eigenverantwortlich agieren können. Das Land muss in der Verantwortung für die Rahmenbedingungen bleiben, damit die LehrerInnenausbildung und –versorgung gewährleistet wird und die regionalen Unterschiede im Land nicht zur Benachteiligung von Schulstandorten führt.

Alternative Schulmodelle, wie die Dänischen Schulen oder die Waldorfschulen sollen auch in Zukunft möglich bleiben.

Alle Schulen sollen sich zumindest mittelfristig zu gebundenen Ganztagschulen entwickeln, die gesundes Mittagessen, Hausaufgabenbetreuung und AG-Angebot in den Unterrichtstag integrieren und die ein breites sportliches und kulturelles Angebot bereit halten. Gute Kommunalpolitik hilft, die Kooperation zwischen Vereinen und Schulen zu verstärken.

## **Kultur ist die Basis**

Kultur ist weder verzichtbarer Luxus noch nur historisches Beiwerk. Die Reduzierung öffentlich geförderter Kultur auf betriebswirtschaftliche Kriterien, führt zur Verödung der Städte und Gemeinden und widerspricht unserem Bildungsanspruch. Gerade viele kleine kulturelle Einrichtungen und Initiativen kommen immer weniger in den Genuss von Förderprogrammen oder scheitern an den Monopolen der großen Veranstalter. Dabei sind gerade sie wichtig dafür,

dass Menschen sich mit ihrer Region identifizieren.

Abnehmende Bevölkerungszahlen werden sich künftig verstärkt auf die Auslastung der Kulturinstitutionen und das Kulturangebot auswirken. Um einer Einschränkung des kulturellen Angebotes und damit letztlich einem Attraktivitäts- und Identitätsverlust der Regionen zu begegnen, muss die kommunale Politik bereits heute verstärkte Vorsorge treffen, leer stehende Gebäude zu kulturellen Einrichtungen umbauen, in den Bildungseinrichtungen Verbindungen zur Kultur schaffen, Kulturangebote für Kinder und Jugendliche initiieren. Museumspädagogik, Jugendkunstschulen, Musikschulen und Jugendtheater gilt es zu fördern. Hierbei müssen die Fördermittel den Preissteigerungen angepasst werden. Die Mittel für die Kooperation von Schulen und Kulturinstitutionen müssen zur Verfügung gestellt werden. Außerdem gilt es, die Fahrkostenzuschüsse zu Kulturinstitutionen von Schulen zu sichern bzw. Kürzungen rückgängig zu machen.

### **Integration voranbringen**

Eine wachsende Zahl von Einwohnerinnen und Einwohnern, vor allem in den urbanen Zentren, besitzt einen Migrationshintergrund. Bei der Integration von Menschen mit unterschiedlichen religiösen, ethnischen und kulturellen Prägungen stehen wir für eine kluge Integrationspolitik, die Fehlentwicklungen korrigiert und die Chancen von Zuwanderung erkennt und nutzt. Dieses Vorhaben kann nur unter enger Einbeziehung von MigrantInnen-Organisationen und Personen mit Zuwanderungshintergrund erfolgreich sein.

### **Aufgabenwahrnehmung bedeutet Ausgabenverantwortung**

Die finanzielle Lage der Kommunen insgesamt hat sich in den letzten zwei Jahren gebessert. Dennoch sind sie auch weiterhin noch hoch verschuldet. Da auch der Landeshaushalt unausgeglichen ist, hat der Landtag mit den Stimmen der CDU und SPD einen Eingriff in den kommunalen Finanzausgleich (KFA) von 120 Mio. Euro pro Jahr beschlossen. Einige Kreise, die sich einerseits gegen den Eingriff wehrten, bedienten sich bei den Gemeinden, indem sie ihrerseits die Kreisumlage erhöhten. Die steigenden Steuereinnahmen konnten einen Teil der Eingriffe zwar kompensieren, doch die Logik ist fatal: eine Ebene bedient sich bei der nächsten und verschiebt die Probleme. Wenn die Kommunen nicht zu reinen Dienstleistungs-Versorgungsstellen verkommen sollen, brauchen sie eine eigene Finanz-, Personal- und Umsetzungshoheit. Wir unterstreichen unsere Forderung, dass Aufgabenwahrnehmung und Ausgabenverantwortung (Konnexität) Grundlage jeder Entscheidung sein muss. Heute wird

nach dem Grundsatz verfahren: Erst Aufgabenübertragung, dann Kostenerstattung. Oder: Erst Einsparungen, dann überlegen, welche Aufgaben reduziert werden können. Eine kaufmännische Sicht der Dinge wird dem demokratischen Prinzip, für das wir streiten jedoch nicht gerecht.

### **Nachhaltig und vorausschauend wirtschaften**

Die Kommunen müssen sich in einer harten wirtschaftlichen Standortkonkurrenz bewähren. Wir werden die Förderung innovativer Unternehmen und die regionale Kooperation in den Mittelpunkt kommunaler Wirtschaftsförderung stellen. Wir wollen die Vernetzung von Wissenschaft, Wirtschaft und Kommune vorantreiben. Innovation und Gründungsgeist wachsen in einem Klima, das von Wissen, Toleranz und kultureller Vielfalt bestimmt wird. Dafür wollen wir die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen und damit zukunftsfähige Arbeitsplätze. Wir stehen für eine Stadtentwicklung, die auf attraktive Zentren setzt und sich gegen ausufernde Einkaufshallen an den Rändern wendet. Wir wollen mehr Leben in den Innenstädten und deshalb dort das Wohnen und mittelständische Einzelhandelsstruktur fördern und dem fortschreitenden Flächenverbrauch Einhalt gebieten.

### **Unsere Verantwortung für Natur- und Landschaftsschutz**

Zunehmender Flächenverbrauch für Neubau- und Gewerbegebiete führt zu einer immer stärkeren Zersiedelung der Landschaft und zur Verödung der Ortskerne und Innenstädte. Wir GRÜNE fordern, dass die Entwicklung des innerörtlichen Bereiches Vorrang vor der Ausweisung neuer Bauflächen im Außenbereich bekommt. Dazu gehören die innerstädtische Verdichtung ebenso wie intelligente Nutzung leer stehender Bauten sowie eine stärkere interkommunale Zusammenarbeit.

Eingriffe in Natur und Landschaft müssen ausgeglichen werden, um Umweltschäden zu minimieren. Damit dies auch wirklich geschieht, fordern wir ein transparentes Ausgleichsflächenmanagement in den Kreisen und die landesweite Erfassung von Ausgleichsflächen. Außerdem sollten Ausgleichsmittel verstärkt für örtliche Artenschutzprojekte eingesetzt werden und dabei gezielt ehrenamtliche Initiativen einbeziehen.

### **Unsere Verantwortung für umweltfreundliche Mobilität**

Wir GRÜNE stehen für einen attraktiven öffentlichen Busverkehr: Dazu gehören für uns die flächenhafte Erschließung des (Kreis-, Gemeinde-, Stadt-)Gebietes, ein attraktiver Taktfahrplan

sowie die verständliche und direkte Linienführung zu allen wichtigen Zielen. Dabei setzen wir auf Wettbewerb, der Qualität befördert und Anreize für die Verkehrsunternehmen setzt, mehr Fahrgäste zu gewinnen. Voraussetzung dafür ist, dass alle Kreise weiterhin einen Nahverkehrsplan aufstellen.

Außerdem wollen wir innovative Projekte starten, die einen attraktiven öffentlichen Verkehr auch in anderen Formen bieten. Das können zum Beispiel mehr Bedarfslinien, Anrufsammeltaxen und Bürgerbusse sein.

Kommunale Radverkehrskonzepte stärken die Sicherheit und Attraktivität des Fahrradfahrens. In ihnen sollen neben Fahrradstreifen und Fahrradstraßen auch attraktive Abstellanlagen für die Vernetzung mit anderen Verkehrsträgern (Bike and Ride) enthalten sein.

Alle neuen Straßenbauprojekte, ob innerörtlich oder als Umgehungsstraßen, müssen auf den Prüfstand und nach Möglichkeit durch umweltfreundliche Alternativen ersetzt werden.

Stadtregionalbahnen sind eine von vielen Antworten auf die Bewältigung der Pendlerströme, den Landschaftsverbrauch und den CO<sub>2</sub> Ausstoß in Ballungsgebieten.

**meine  
verantwortung  
jetzt und hier**